



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Regierungserklärung des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 31. Oktober 2020**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

lassen Sie mich zu Beginn meiner Regierungserklärung zunächst einmal betonen, dass ich mich freue, hier vor Ihnen reden zu dürfen.

Denn ich bin der festen Überzeugung, dass es gut und richtig ist, dass die Regierung sich hier in der Bürgerschaft erklärt. Das ist nicht nur das verfassungsmäßige Recht des Parlamentes, es gibt dem Senat auch die notwendige politische Rückendeckung. Gerade angesichts solch schwerwiegender Entscheidungen, wie wir sie heute debattieren.

Ich freue mich, dass wir hier in Bremen schon seit Beginn der Pandemie einen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch zwischen dem Senat und dem Parlament in der Frage pflegen, wie wir die Pandemie gemeinsam bewältigen können. Die demokratischen Teile der Opposition möchte ich da ausdrücklich mit einbeziehen und mich für die Unterstützung während der gesamten Corona-Pandemie bedanken. Meine Damen und Herren, ich weiß das sehr zu schätzen.

Gestatten Sie mir mit einem kurzen Rückblick auf das Infektionsgeschehen der vergangenen Wochen zu beginnen. Wochen, in denen Bremen die meiste Zeit gar nicht so schlecht dagestanden hat.

Nachdem uns die so genannte „erste Welle“ längst nicht so hart getroffen hatte wie manch andere Städte und manch anderes Land, sind wir gut durch den Sommer gekommen und standen auch bis Ende September recht gut da.

Seither aber erleben wir, vor allem in der Stadtgemeinde Bremen, einen steilen Anstieg der Infektionszahlen. Am 6. Oktober stieg die 7-Tage-Inzidenz – also die Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern innerhalb einer Woche - über den Schwellenwert von 50. Gestern dann, nur gut drei Woche später, erreichte sie ihren bisherigen Höchststand von 196.

In Bremerhaven war die Entwicklung länger stabil. Erst Ende Oktober überschritt die Seestadt den Warnwert von 35, nur drei Tage später allerdings dann schon den Schwellenwert von 50.

Meine Damen und Herren,

in beiden Städten unseres Bundeslandes müssen wir derzeit leider ein exponentielles Wachstum bei den Neuinfektionen registrieren.

Das allerdings ist nicht nur in Bremen und Bremerhaven so. Das ist der Trend in ganz Deutschland, ja in ganz Europa. Und das ist vor allem ein Problem der dicht besiedelten Großstädte und der Ballungsräume. Bremen ist Handels- und Industriezentrum im Nordwesten mit fast 600.000 Einwohnern und mehr als 100.000 Einpendlern jeden Tag – und damit in der Pandemie mit genau den Problemen konfrontiert, die andere Großstädte in Deutschland auch kennen.

Drei von vier kreisfreien Städten und Landkreisen liegen mittlerweile oberhalb des Schwellenwerts von 50. Die gesamtdeutsche Inzidenz lag vor vier Wochen noch bei 15, heute liegt sie bei über 100. Und das trotz aller in den vergangenen Wochen verhängten Beschränkungen.

Das ist das wirkliche Problem: Wir haben das Ausbruchsgeschehen bislang nicht in den Griff bekommen, weder in Deutschland insgesamt, noch in Bremen, obwohl wir hier früher und strenger reagiert haben als anderswo.

Nun sagen viele: die Zahl der Neuinfektionen ist nicht alles, sie allein verursacht noch keine medizinische Notlage. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn wir auf weitere Indikatoren schauen

- etwa die Test-Positiv-Rate, also den Anteil der positiven Tests an allen durchgeführten Tests
- oder die Hospitalisierungsrate, also die Anzahl der Corona-Kranken in unseren Kliniken

auch wenn wir auf diese Indikatoren schauen stellen wir – wenn auch leicht verzögert - leider den gleichen Trend wie bei den Neuinfektionen fest.


Mittlerweile sind sogar mehr Menschen in unseren Krankenhäusern als im Frühjahr und auch die Todesfälle haben in den vergangenen beiden Wochen deutlich zugenommen.

Es kann deshalb keinen Zweifel geben: Wenn wir die Welle der Neuinfektionen nicht brechen, droht eine Überforderung unseres Gesundheitssystems. Nicht akut, aber in naher Zukunft. Und zwar auch hier wieder nicht nur in Bremen, sondern in ganz Deutschland.

Deshalb war es zwingend, dass wir uns am Mittwoch auf ein bundesweit einheitliches Vorgehen verständigt haben. Ich halte das für ein ganz, ganz wichtiges Signal.

Meine Damen und Herren,

bevor ich gleich zu den Maßnahmen im Einzelnen komme, möchte ich betonen: Ich finde es richtig und gut, dass im Anschluss an meine Ausführungen das Parlament als demokratisch legitimierte Vertretung des Souveräns über die Beschränkungen debattiert, die erst am Mittwoch die Ministerpräsidenten-Konferenz und gestern dann der Senat beraten hat.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Die Debatte, wer eigentlich legitimiert ist, so weitreichende Entscheidungen zu treffen und ob die parlamentarische Rückbindung von Grundrechtseingriffen nicht verstärkt werden müsse, hat ja in den vergangenen Wochen an Bedeutung gewonnen – ich meine zu Recht.

Einerseits ist es unverzichtbar, dass die Exekutive schnell und flexibel handeln und alle Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung unverzüglich ergreifen kann.

Andererseits ist es aber genauso richtig, dass wesentliche Entscheidungen in einer Demokratie im Parlament getroffen werden müssen und damit der Kontrolle der gewählten Abgeordneten unterliegen. Deshalb werden wir die neue Corona-Verordnung selbstverständlich erst im Anschluss an die heutige Debatte verkünden.

Meine Damen und Herren,

In den kommenden vier Wochen wird der Senat der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge zukünftige Corona-Rechtsverordnungen, die der Senat erlässt, immer in der darauffolgenden Sitzung der Bremischen Bürgerschaft vorgelegt und von dieser bestätigt werden müssen. Damit ist die parlamentarische Beteiligung zukünftig rechtsverbindlich garantiert.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich kurz noch einmal die wesentlichen Punkte nennen, auf die die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sich mit der Bundesregierung verständigt haben, auch wenn sie Ihnen natürlich längst bekannt sind:

Um die Zahl der Neuinfektionen wieder auf ein stabil niedriges Niveau zu bringen ist es erforderlich – so schmerzlich dies ist –, für einen begrenzten Zeitraum die sozialen Kontakte zwischen den Menschen in unserem Land massiv zu reduzieren.

Deshalb wollen wir unter anderem

- die bestehenden Kontaktbeschränkungen weiter verschärfen,
- Kultureinrichtungen, Sportstätten, Freizeitangebote und die Gastronomie schließen,
- und Unterhaltungsveranstaltungen und private Feiern weitgehend untersagen.

All diese Maßnahmen sollen beginnend ab Montag für einen Monat gelten. Mitte November werden wir über die Wirkung beraten und ich habe die Hoffnung, dass es uns damit gelingt, den exponentiellen Anstieg der Neuinfektionen zu durchbrechen und die Pandemie wieder kontrollieren zu können.

Meine Damen und Herren,

diese Beschlüsse stellen nicht bloß eine Verschärfung der bisherigen Beschlüsse dar, sie beinhalten auch einen Strategiewechsel. In den vergangenen Wochen haben wir versucht, gezielt dort einzugreifen, wo wir Infektionsherde vermutet haben – nämlich insbesondere bei privaten Feiern und bei Veranstaltungen.

Die jetzt beschlossenen Maßnahmen dagegen dienen ganz allgemein der Kontakt-Reduzierung. Es ist deshalb in letzter Konsequenz auch nicht entscheidend, ob es einen konkreten Beleg dafür gibt, dass sich in einem bestimmten Bereich, z.B. in der Gastronomie oder beim Sport, besonders viele Menschen infiziert haben. Es ist entscheidend, dass wir Anlässe reduzieren, zu denen sich Menschen treffen und bei denen sich Menschen infizieren können.

Für diesen Strategiewechsel gibt es drei Gründe:

1. Die bisherigen Maßnahmen, die zielgerichtet an einem besonderen Infektionsrisiko ansetzen, haben schlicht nicht ausgereicht, um das Ziel zu erreichen. Möglicherweise ist es gelungen, das Infektionsgeschehen ein wenig zu drosseln. Eine echte Trendwende, also einen Rückgang des Infektionsgeschehens, haben wir damit aber bekanntlich nicht erreicht.
2. Das Infektionsgeschehen ist inzwischen viel zu diffus. Der Virus hat sich so im Land und in der Gesellschaft ausgebreitet, dass es nicht mehr ausreicht, besonders riskante Kontakte zu unterbinden. Wir haben vielmehr nur dann eine Chance die Pandemie zu kontrollieren, wenn wir die Anzahl der sozialen Kontakte insgesamt reduzieren.

Und:

3. Bei bundesweit mehr als 75 Prozent der Infektionen ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, wo die Ansteckung erfolgt. Wir können deshalb nicht sagen, dass sich jemand im Kino, im Restaurant oder beim Fußballtraining infiziert hat. Wir können es aber ehrlicherweise auch nicht ausschließen.

Und auch das gilt nicht nur in Bremen, sondern nahezu flächendeckend in Deutschland.

Auf dieser Basis mussten wir sehr schwere Abwägungsentscheidungen treffen: Wie können wir einerseits die Anzahl der Kontakte massiv reduzieren und andererseits den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden zumindest in Grenzen halten?

Wir haben uns, erstens, dafür entschieden, den Kernbereich unserer Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk, unter strengen Hygieneauflagen möglichst ohne Einschränkungen aufrecht zu erhalten.

Das ist nicht etwa das Ergebnis einer Abwägung von Kapitalinteressen und Bevölkerungsschutz, wie manch einer behauptet. Das folgt vielmehr der Erkenntnis, dass die Resilienz unserer Gesellschaft in der Pandemie auch maßgeblich von der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Verwaltung abhängt.


Deutschland ist schließlich vor allem so gut durch die Pandemie gekommen, weil wir

- über ein hervorragendes Gesundheitssystem
- ein extrem leistungsfähiges Sozialsystem
- erhebliche finanzielle Mittel zu Abfederung der Pandemie-Schäden
- und über eine sehr leistungsstarke Volkswirtschaft verfügen.

All diese Faktoren sind die Voraussetzungen dafür, dass wir in der aktuellen Situation überhaupt bestehen können. Und darum ist es in der Pandemie essentiell, diese Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Meine Damen und Herren,

wir haben uns, zweitens, ganz bewusst dafür entschieden, dass Schulen und Kindergärten geöffnet bleiben. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass wir in der ersten Phase der Pandemie erlebt haben, wie sehr Schul- und Kitaschließungen Kinder und Eltern belasten. Homeschooling und Homeoffice lassen sich eben nicht nebenher machen. Gerade für Familien mit mehreren Kindern und für Alleinerziehende war die Belastung kaum zumutbar, zumal die vor allem von Frauen aufgefangen wurde. Meine Damen und Herren, Geschlechtergerechtigkeit sieht mit Sicherheit anders aus!

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Vor allem aber haben wir uns entschieden, Schulen und Kitas offen zu halten, weil wir die Folgen der fehlenden Unterrichtszeit für die Zukunfts-Chancen der Kinder gar nicht verantworten können. Wir in Bremen sind deshalb – genauso wie der Bund und die anderen 15 Landesregierungen - fest entschlossen, Schul- und Kita-Schließungen soweit wie möglich zu verhindern.


Jeder der glaubt, im Sinne des Infektions-Schutzes wäre eine zumindest teilweise Schließung doch der bessere Weg, muss wissen: Was Schülerinnen und Schüler durch eine erneute Schulschließung an Bildung verlieren, das ist weg, das lässt sich nicht mehr aufholen.

Weniger Unterricht heißt weniger Bildung. Das gilt zumindest für die jüngeren Schülerinnen und Schüler auch bei einer Klassenteilung. Wer halbe Klassen fordert, schafft nicht nur ein Betreuungsproblem – er fordert im Ergebnis auch halb so viel Bildung. Alles andere, meine Damen und Herren, ist Augenwischerei.

Lernen ist ein sozialer Prozess. Wissensvermittlung mag auch mal vor dem I-pad gehen, insbesondere bei älteren Schülerinnen und Schülern, aber Fernunterricht ist kein Ersatz für die unmittelbare soziale Interaktion. Bei erneuten Schulschließungen würden wir deshalb die Schwächsten verlieren, wir würden soziale Gräben vertiefen, die Bildungsschere würde weiter auseinandergehen.

Und schließlich brauchen Kinder andere Kinder. Das Zusammenkommen mit Gleichaltrigen, das voneinander Lernen und miteinander Spielen, ist nicht nur nett und schön - es ist vor allem ein elementarer Bestandteil der kindlichen Entwicklung und lässt sich nicht mal eben ein halbes Jahr verschieben.

Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, Schulen und Kitas weiter offen zu halten. Und wir waren uns in dieser Frage mit allen anderen Regierungs-Chefs und der Bundeskanzlerin vollkommen einig. Ich halte das für eine der ganz zentralen Aussagen dieser Ministerpräsidenten-Konferenz.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Meine Damen und Herren,

im Umkehrschluss führte dies allerdings dazu, dass wir stattdessen die Aktivitäten in den Bereichen „Freizeitgestaltung und Unterhaltung“, und leider auch im Bereich „Kultur und Sport“ zeitweise massiv beschränken müssen, um die notwendige Reduzierung sozialer Kontakte zu erreichen.


Ich weiß, wir muten damit gerade denjenigen viel zu, die unser Gemeinwesen zusammenhalten, die aus einem erfüllten gesellschaftlichen Leben nicht wegzudenken sind. Und glauben Sie mir: Aus unzähligen Gesprächen weiß ich, dass die Verzweiflung bei vielen groß ist. Zumal gerade Sie in den vergangenen Monaten so viel Einsatz gezeigt haben, um sich gegen die Pandemie zu behaupten. Ich kann es nicht oft genug betonen: Dass wir gerade Ihnen so viel abverlangen ist auf keinen Fall ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung.

Und schon gar nicht, das möchte ich hier den

- Gastronominnen und Gastronomen,
- den Kulturschaffenden
- den Schaustellerinnen und Schausteller
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Veranstaltungsbranche
- und allen anderen Betroffenen

ausdrücklich sagen, hat das etwas mit Schuld und Bestrafung zu tun.

Eine Entscheidung zur zeitweiligen Schließung ganzer Sektoren unserer Gesellschaft ist in rechtlicher wie auch in moralischer Hinsicht nur vertretbar, wenn wir diejenigen entschädigen, die im Interesse des Gemeinwohls besonders belastet werden. Und das werden wir auch tun.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Der Senat wird alles unternehmen, um die Einschränkungen schnellmöglich zu beenden. Und dass wir auf Bundes- und Landesebene alle Möglichkeiten nutzen werden, um die wirtschaftlichen Auswirkungen für Sie so gering wie möglich zu halten, das verspreche ich Ihnen auch ganz persönlich.

Meine Damen und Herren,

ich möchte noch auf zwei Aspekte eingehen, die mir besonders wichtig sind: den Schutz vulnerabler Gruppen und die Kontaktnachverfolgung.


Vielfach wird derzeit empfohlen – auch von vielen Ärztevertretern und Virologen – wir sollten nicht Einrichtungen schließen und Veranstaltungen reglementieren, sondern stattdessen die Risikogruppen besser schützen und die Kontaktverfolgung ausbauen.

Meine Damen und Herren,

ich glaube, dass das im Prinzip nicht völlig falsch ist. Zu beiden Punkten haben sich die Ministerpräsidenten auch bekannt und ich bin sehr dafür, dass wir sie in den Mittelpunkt unserer Arbeit der nächsten Wochen stellen.

Das Problem ist bloß: in einer Phase des exponentiellen Wachstums der Infektionen werden diese beiden Ansätze nicht ausreichen. Die jetzt ergriffenen Maßnahmen sollen und müssen den starken Anstieg durchbrechen, die Kurve abflachen und damit einen Zustand ermöglichen, bei dem eine Kombination von allgemeinen Hygieneregeln, Kontaktnachverfolgung und Schutz der Risikogruppen wieder den Kern unseres Handelns bilden können.

Für die Verbesserung des Schutzes der vulnerablen Gruppen gibt es zwei Aspekte die von besonderer Bedeutung sind: Schnelltests und hochwertige Masken zum Selbstschutz.



Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft


Wir wollen deshalb älteren Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen einfacher als bisher ermöglichen, sich mit FFP-2-Masken selber effektiv vor Ansteckungen zu schützen. Wir beraten derzeit mit der Apothekenkammer wie sich eine möglichst gute Versorgung von Risikogruppen in die Praxis umsetzen lässt.

Und wir wollen, dass in Pflegeeinrichtungen in Zukunft - bei Besucherinnen und Besucher aber auch beim Pflegepersonal - Schnelltests zum Einsatz kommen. Mit den Dachverbänden der Pflege-Einrichtungen sind wir im Gespräch und arbeiten an einem kurzfristig umsetzbaren Konzept. Wir versprechen uns davon nicht nur mehr Sicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern ermöglichen es ihnen damit auch ihre sozialen Kontakte aufrecht zu erhalten.

Meine Damen und Herren,

die Nachverfolgung von Kontakten und das Unterbrechen von Infektionsketten durch Testung und Quarantäne – das sind die Kernelemente einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung. Solange dieses System umfassend funktioniert, so lange ist die Pandemie unter Kontrolle. Und so lange sind zusätzliche Beschränkungen nur in geringem Umfang erforderlich.

In Bremen hat das im Sommer sehr gut funktioniert, aber derzeit stößt dieses Nachverfolgungssystem erkennbar an seine Grenzen. Nicht nur in Bremen, aber auch in Bremen. Kein Wunder, wenn sich die Infektionszahlen in kurzer Zeit verzehnfachen. Dass das System bei uns derzeit noch einigermaßen funktioniert, haben wir neben dem aufopferungsvollen Einsatz unserer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch der beherzten Unterstützung durch die Bundeswehr zu verdanken.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Lassen sie mich daher die Gelegenheit nutzen um sowohl den bremischen Beschäftigten im Gesundheitswesen allgemein und vor allem im Gesundheitsamt aber auch der Bundeswehr im Namen des Senats ganz, ganz herzlich „Danke“ zu sagen.

Meine Damen und Herren,


wir haben jetzt Maßnahmen ergriffen mit denen es uns hoffentlich gelingt, die Zahl der Neuinfektionen zu senken. Wir werden uns aber allein darauf nicht verlassen. Wir werden kurzfristig noch einmal alle Anstrengungen bündeln, um dem Gesundheitsamt weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Lassen Sie es mich ganz klar sagen: das Gesundheitsamt bekommt jede personelle Unterstützung, die es braucht.

Wir werden zudem dafür Sorge tragen, dass unsere Krankenhäuser auch bei gestiegenem Aufkommen von schwer Erkrankten so aufgestellt sind, dass jeder eine bestmögliche Versorgung erhält. Deswegen war es auch wichtig, dass mit der Kanzlerin am Mittwoch vereinbart wurde, dass die Kliniken weiterhin bei der Bereitstellung von Intensivbetten unterstützt werden.

Liebe Bremer und Bremerinnen,
liebe Bremerhavener und Bremerhavenerinnen,

in einer Regierungserklärung ist es vielleicht ungewöhnlich, aber ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich auch an Sie direkt wenden.

Die Bekämpfung der Pandemie geht uns alle an, sie ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsleistung. In den kommenden Wochen und Monaten kommt es auf Gemeinsinn und Solidarität an - auf Sie, auf mich, auf jede und jeden Einzelnen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft


Natürlich werden auch Polizei und Ordnungsdienst in den kommenden Wochen ihre Kontrollen noch einmal intensivieren und bei Verstößen gegen die Corona-Regeln hohe Bußgelder verhängen. Da ist unser Leitspruch ganz klar: „Wer nicht hören will, muss fühlen.“ Und deshalb werden wir den Ordnungsdienst auch noch einmal personell verstärken.

Aber: Alle staatlichen Anti-Corona-Maßnahmen werden nur wirken, wenn wir sie als Gesellschaft leben und wenn wir uns als Individuen daranhalten, wenn wir Vorbild sind. Denn Regeln und Verbote sind in einer Demokratie nichts wert, wenn sie von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden.

Wir – Politik, Verwaltung und Bevölkerung - müssen jetzt gemeinsam daran arbeiten

- dass unsere wirtschaftlichen Kernbereiche möglichst ohne Einschränkungen durch die Pandemie kommen
- dass ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen bestmöglich geschützt werden
- und dass Schulen und Kitas in vollem Umfang offenbleiben. Das ist nicht nur für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, für Eltern und Kinder von zentraler Bedeutung, das ist auch entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens.

Auf viele schöne Dinge des Lebens, die uns Spaß machen, die oft auch eine verdiente Ablenkung von den Mühen des Alltags sind, auf viele solche Dinge werden wir hingegen in den kommenden vier Wochen verzichten müssen.

 Regierungserklärung von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 31. Oktober 2020 vor der Bremischen Bürgerschaft

Wir werden die Eindämmung der Pandemie nur gemeinsam bewältigen. Ich bitte sie daher sehr eindringlich:

- Machen Sie mit!
- Nehmen Sie Rücksicht auf andere!
- Tragen Sie Maske, wo erforderlich!
- Reduzieren Sie die Zahl der persönlichen Kontakte, wo möglich.

Meine Damen und Herren,

ich möchte nicht über die Corona-Pandemie reden, ohne mich bei allen zu bedanken, die diese Herausforderung jeden Tag annehmen:

Ob in den Krankenhäusern, bei den Rettungsdiensten, im Gesundheitsamt, bei der Polizei und dem Ordnungsdienst, in den Schulen und Kitas aber auch in den Verwaltungen, die sich oft viel Zeit nehmen, um den Menschen zu helfen. Ich kann hier nicht alle aufzählen, aber ich danke jeder und jedem Einzelnen.

Meine Damen und Herren,

es ist uns schon einmal gemeinsam gelungen die Situation unter Kontrolle zu bekommen - und ich bin mir sicher, es wird uns auch ein zweites Mal gelingen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!